

(Abgeordneter Fleißner.)

(A) man den deutschen Arbeitern in der Presse aller Parteinrichtungen jeden Tag ein paarmal graulich zu machen mit dem Bolschewismus in Rußland. Ein Herr Vorst in Berlin vergießt Ströme von Tinte im „Berliner Tageblatt“, um der deutschen Arbeiterschaft eindringlich zu sagen: „Werdet keine Bolschewisten, das wird euer Unglück sein!“ Ich möchte nur gegenüber Herrn Dr. Zöphel sagen: Man verwechselt in vielen Kreisen, wenn man von Demokratie uns gegenüber spricht, Mittel und Sache oder Mittel zum Zweck. Freilich kann unter Umständen Anwendung von Gewalt nötig sein, wenn die herrschende Klasse absolut kein Verständnis dafür hat, daß andere Zeiten kommen und andere Verhältnisse eintreten müssen. Nach der Geschichte ist es bisher immer so gewesen, daß alte, überlebte Gesellschaftsformen mit Gewalt über den Haufen geworfen werden mußten, ein Entwicklungsprozeß, dessen Konsequenzen gezogen werden müssen, wenn die Zeit reif dazu ist. Das ist der Standpunkt, der in unserer wissenschaftlichen Erkenntnis liegt.

Daß wir unser Ziel mit aller Energie verfolgen und daß wir glauben: jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wo unser Ziel verwirklicht werden kann, wer will uns das verdenken! Und daß wir das Volk aufrufen und dem Volke sagen: Volk, stehe auf, du selbst mußt deine Interessen vertreten! — auch das entspricht durchaus dem Wesen unserer Auffassung, und ich glaube, damit habe ich das, was

Herr Dr. Zöphel gemeint hat und meinem Freunde Seger (B) gegenüber sagte, in der genügenden Weise zurückgewiesen.

Im übrigen kann nicht die Rede davon sein, so apodiktisch zu erklären: unser System hat sich als untauglich erwiesen. Denn es ist noch gar nicht in dem Sinne und Maße ausprobiert, daß man eine solche Behauptung aufstellen kann. Es wird sich erst noch zu erweisen haben, ob es untauglich ist. Wir glauben, daß Deutschland reif ist, gesellschaftliche Verhältnisse einzuführen, die wir als sozialistische Republik bezeichnen.

Präsident: Die Debatte ist geschlossen. Damit ist unsere Tagesordnung erledigt.

Ich beraume die nächste Sitzung an auf morgen, Mittwoch, den 6. November, vormittags 11 Uhr mit folgender Tagesordnung:

1. Allgemeine Vorberatung über das Königliche Dekret Nr. 43, den Entwurf eines Gesetzes über das Dienststrafrecht für Beamte der bürgerlichen Gemeinden und über die Anstellung städtischer Beamten gegen Kündigung betreffend.
2. Allgemeine Vorberatung über das Königliche Dekret Nr. 46 zu dem Entwurfe eines Abänderungsgesetzes zum Organisationsgesetz.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 3 Uhr 39 Minuten nachmittags.)

Druck von B. G. Teubner in Dresden.

Letzte Absendung zur Post: am 14. November 1918.